Feuilleton.

Die gerichtliche Medicin im Verhältniss zur Rechtspflege.

Ein Vortrag

von

Dr. L. Krahmer,

Kreisphysicus zu Halle a. S.

(Schluss aus No. 25.)

Der andere mögliche Weg, um die wirkliche Beschaffenheit eines Thatbestandes kennen zu lernen, die selbst zu prüfen und zu erkennen man nicht geübt ist, besteht in der Heranziehung relativ Kenntnissreicher und Geübterer, denen man zu seiner Belehrung die Untersuchung und Prüfung überträgt. Für die wirkliche Aufklärung eines wissenschaftlichen Sachverhaltes ist dieser Weg der erfolgreichere. Er ist zugleich derjenige, welchen die Rechtspflege einzig und allein beschreiten darf, um ihrem eigenen Princip der Unparteilichkeit gerecht zu werden. Bevor man nicht so genau, als menschenmöglich ist, weiss, was geschehen ist, bleibt der Erfolg zweifelhaft, den ein beim Geschehen Betheiligter auf sich beziehen kann oder soll. Erst muss die That feststehen, bevor ihre strafrechtliche Bedeutung und ihre nothwendige Rückwirkung auf den Thäter zu bestimmen ist.

Diesem Gedankengange verdankt nicht blos die gerichtliche Medicin

Deutsche Medicinische Wochenschrift. 1877.

ihre Entstehung und ihre Bedeutung, sondern es ist ihm auch die Regel zu entnehmen, dass die Rechtspflege auch noch anderer gerichtlicher Hilfswissenschaften zur Aufklärung factischer Dunkelheiten im Thatbestande bedarf. Die Medicin ist ja nicht die einzige practische Beschäftigung, welche zu einer Erfahrung, zu einer Einsicht und Uebung führt, deren ein rechtlicher Thatbestand zu seiner Aufklärung bedarf und die der Richter persönlich nicht besitzt. Wozu man aber für seine eigentliche richterliche Thätigkeit ihn mit fremden Sachverständigen beladen will, die in ihren berufsmässigen Angelegenheiten nichts zu untersuchen und zu prüfen haben, ist schwer verständlich, wenn man nicht nach dem Prädicat der Unweisheit geizt. Man nimmt, meines Wissens, doch immer an, dass ein Sachverständiger nur in seiner besonderen Aufgabe einsichtiger und geübter ist, als Andere. Warum will man also dem Richter in sein Gebiet, in dem er sachverständig selbst ist, von Anderen unverständlich hineinreden lassen? Wären Richter untauglich, so würden sie im Interesse des Gemeinwohls durch tauglichere, aber nicht durch noch untauglichere Individuen zu ersetzen sein.

Nach dem Gesagten kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, dass die gerichtliche Medicin als öffentliche Einrichtung in der Absicht in das bürgerliche Leben eingeführt worden ist, um die gewissenhafte Ausführung der richterlichen Aufgabe zu erleichtern und zu sichern. Die Aerzte haben sich im Allgemeinen immer bereit finden lassen, heutzutage Aufforderungen Folge zu leisten, sind aber schlecht dafür gelohnt. Sind sie von dem Vorwurf nicht frei zu sprechen, dass sie ihre Selbstständigkeit zu wenig wahrten, so fehlte ihnen doch die ständige Organisation, um sich mit Erfolg gegen die juristische Uebermacht vertheidigen zu können. Sie mussten sich unberechtigten Zumuthungen fügen. Um

einen besseren Zustand für die gerichtliche Medicin herbeizuführen, giebt es, meinem Dafürhalten nach, keinen geeigneteren Weg, als die Irrthümer nachzuweisen, welche den Auffassungen zum Grunde liegen, die betreffs der Aufgaben der gerichtlichen Medicin für die Rechtspflege zur Zeit herrschen. Darum muss ich noch einmal auf meine früheren Andeutungen zurückkommen.

Im Allgemeinen lassen sich zwei irrige Auffassungen von der Bedeutung und der Aufgabe der gerichtlichen Medicin für die Rechtspflege unterscheiden. Die eine will den Gerichtsarzt für die Schlüssigkeit des objectiven Thatbestandes verantwortlich machen und zwingt ihm eine richterliche Thätigkeit auf, zu der sie ihm gleichzeitig die Berechtigung bestreitet. Die andere meistert den Gerichtsarzt in seiner sachverständigen Thätigkeit und will ihm vorschreiben, was er untersuchen und beachtenswerth finden soll. Es kommt darauf an, die Praxis, welche jede dieser Ansichten in sich hält, etwas näher zu erläutern, da sie vielfach in einander laufen.

Richter, wie es deren ja giebt, welche von der Unfehlbarkeit ihrer Doktrin überzeugt, von Thatendurst geschwellt, künstlerisch oder religiös angehaucht, mit hohem Selbstbewusstsein und tiefem Mitgefühl ausgerüstet sind; welche, zum Beweis dessen, nichtjuristischen Sterblichen, die ihnen sich gleich wälnen möchten, mit souveräner Verachtung begegnen, dagegen die Machtlosen, die zu ihren Füßen sich winden, und wären es so gottvergessene Spitzbuben, dass sie ordentlich aus der Art schlägen, mit liebender Sorgfalt umgeben; welche den unbefugten Angreifer laufen lassen und den Angegriffenen strafen, weil er unkommentnüssig sich seiner Haut selbst wehrte und verspätete richterliche Hülfe nicht abwartete — sie verlangen keine gerichtsärztliche Aufklärung des Sachverhaltes, den sie

vielmehr viel bequemer sich selbst ordnen, sondern gerichtsärztliche Schlagwörter, um hinter dem Schleier der Unverständlichkeit anstössige Blößen eines principlosen Verfahrens zu verstecken. Wird dem gefühlvollen Richter vor der practischen Consequenz seiner Unparteilichkeit hange, empfindet er ein menschlich Rühren bei dem ketzerischen Gedanken an das strafgesetzliche Elend, das er stiftet, so verlangt ihm nach einem unmöglichen ärztlichen Prädikate als Lösung zu einer gegenrichterlichen Thätigkeit, zu einer Entlastung seines Schützlings von dem strafgesetzlichen Präjudiz trotz dessen strafgesetzwidriger Handlung.

Auf diesem Wege haben sich die Worte Krankheit und unbedingte Nothwendigkeit aus dem medicinischen in den juristischen Vorstellungskreis und Sprachgebrauch übertragen. Beide Worte sind streng genommen sinnlos. Denn sie bedeuten eine ungesetzliche Naturkraft und eine unmögliche Wirklichkeit. Keine Erscheinung ist unbedingt, sondern nur relativ nothwendig. Sie ist nicht nothwendig, sondern sie folgt nur nothwendig aus ihren Prämissen. Diese sind, ihrer Natur nach, für die Erscheinung selbst unbestimmt. Das Gesetz, der Causalzusammenhang allein ist immer derselbe und nothwendig. Nennt man die Voraussetzung zum Verbrecher bei der strafgesetzwidrigen Handlung verbrecherische Willensbestimmung und die Voraussetzung zum Nichtverbrecher bei derselben Handlung Geisteskrankheit, so liegt es im persönlichen Belieben, ob man aus dem Nichtverbrechen die Geisteskrankheit, oder umgekehrt, aus der Geisteskrankheit das Nichtverbrechen folgern will. Ganz dasselbe Verhältniss findet zwischen Handlung und Erfolg und zwischen Zufall und Folgen statt. Die juristische Lehre von der Geisteskrankheit als einer ausserrechtlichen Collectivursache für alle Erscheinungen unter strafgesetzwidriger Form, um deren rechtliche Natur man weiter sich

nicht kümmern mag oder soll, ist ein trüglicher Wahn. Ihn zu unterstützen hat der Gerichtsarzt keine Befugnis. Denn was er Geisteskrankheit nennt, ist ein Lebenszustand, dessen Bedingungen, Erscheinungen und Einfluss auf das persönliche Verhalten sich prüfen und erkennen aber nicht schematisieren lassen. Er schliesst aber selbstsüchtige Gewalt durchaus nicht aus, noch wirft er einen Schatten vorher und erklärt ein Verhalten früher, als er selbst sich entwickelt hat. Bei medicinischen Geisteskranken kann nur ihre Behandlung zweifelhaft erscheinen.

Die richterliche Ansicht, welche sich für berechtigt hält, das gerichtsärztliche Untersuchungsgebiet, welches aus der Natur der Sache und der allgemeinen medicinischen Erfahrung sich ergeben muss, formell zu beschränken, wird zumeist durch die Strafprocessordnung selbst vertreten. Hat auch das deutsche Strafgesetzbuch die Bestimmung über die Momente, welche für das gerichtsärztliche Urtheil über Tödtlichkeit einer Verletzung maassgebend sein sollten, nicht wiederholt, so fehlt es doch nicht an ähnlichen gesetzlichen oder processualischen Bestimmungen. Man verlangt, dass die Motive, welche die Strafgesetzgebung zu quantitativen Unterschieden in den qualitativen Kategorien strafgesetzwidriger Handlungen veranlassen, aus der Natur des Objectes ersichtlich werden. Man vergisst ganz und gar, dass der Begriff der Qualität keine Gradation erträgt und dass z. B. die Temperaturgrade aus dem sichtbaren Verhalten nichtwarmer Körper gegen die Wärme abstrahirt sind, und keine mehr oder weniger wichtige Wärmequalitäten bedeuten. Gerade diese abstracte Natur soll dessenungeachtet der Gerichtsarzt finden und bewahrheiten. Kaum weiss der Richter selbst sich Rechenschaft zu geben, warum z. B. überhaupt er leichte, schwere und tödtliche Verletzungen, warum er Wahnsinn und Blödsinn unterscheidet? Der Unterschied ist aber einmal gemacht. Darum

soll ihm der Arzt finden und seine Natur womöglich nur auf diese Unterschiede ansehen!

Vom rechtlichen Standpunkte aus ist diese Anforderung wohl begreiflich. Gilt einmal der Mensch als stoffliche Voraussetzung verschiedenartiger Rechtsverhältnisse, wird er für Nichterfüllung des Rechtzwecks verantwortlich erklärt: so muss das Recht wie eine Naturkraft mit der Menschensubstanz zusammenhängen. Menschenform und Rechtserfolg müssen sich gegenseitig bedingen und zusammenfallen, weil sie durch das Gesetz der Nothwendigkeit zusammenhängen. Die Rechtsidee formt den Menschen und die Menschenform lässt die Rechtskraft erschliessen, die als Ursache oder Erfolg an sie gebunden ist. Es ist das dieselbe dynamische Theorie, der wir auch in der Medicin, wie in der öffentlichen Meinung vielfach begegnen. Dem psychologischen Gesetze der Dreieinigkeit zum Trotz soll, wie diese Theorien voraussetzen, Rechtsidee oder Seele zunächst unabhängig vom Stoff dagewesen sein und darauf nachmals ihren Körper sich erst geformt haben. Darum soll man denn aus der Körperform die im Stoff, nicht blos die in der Form, hausende Seele mit ihren Kräften erkennen. So lange diese Theorie als Gesetz der strikten Form dem persönlichen Entschluss seine Stellung giebt, ist sie, wie bereits oben hervorgehoben wurde, vollkommen berechtigt. Ihre Anwendung setzt aber die allgemeine Erfahrung über die theoretische Bedeutung des Körpers und nicht blos seiner augenblicklichen Form voraus. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so ist die Theorie unanwendbar. Dem Arzte fehlt die allgemeine juristische Erfahrung über die rechtliche Bedeutung specifischer Körperformen. Sein Prüfungs- und Erkenntnissgebiet ist vielmehr nur die allgemeine stoffliche Voraussetzung des Rechtes, die Materie, welche die Rechtsseele noch zu formen und ihren Categorien oder Schablonen

gemäss zu gestalten hätte. Der Gerichtsarzt vermag deshalb wohl zu prüfen, welche allgemein erfahrungsmässigen oder naturwissenschaftlichen Formen vorhanden sind. Ueber die juristischen Voraussetzungen, unter denen verschiedenen Formen diese oder jene specifisch rechtliche Bedeutung zukommt, kann und soll er nicht urtheilen.

Fasse ich zum Schluss meine Ansicht noch einmal kurz zusammen, so komme ich zu folgenden Sätzen.

1. Richterliche, gewissenhafte Unparteilichkeit hat eine möglichst sorgfältige und verlässliche Kenntniss alles dessen, was unter den Begriff einer rechtlichen Handlung, einer rechtlichen Persönlichkeit oder eines rechtlichen Erfolges wirklich fällt, oder zu fallen scheint, zur allgemeinen, vernünftigen Voraussetzung.

2. Seine amtliche Beschäftigung verschliesst dem Richter ausdrücklich den wissenschaftlichen Weg zur Untersuchung und Prüfung der naturwissenschaftlichen und technischen Elemente, welche durch die verschiedenartigsten, planvollen Kombinationen das bürgerliche Leben und das verantwortliche Geschehen darstellen. Er darf sich durch den wirklichen Erfolg über Entscheidungen nicht belehren lassen.

3. Oeffentliche Einrichtungen müssen die subjektive Rechtspflege mit den vernünftigen Ansprüchen eines gebildeten Staatslebens in Uebereinstimmung erhalten. Es ist dafür zu sorgen, dass mindestens die Menschen, deren persönliches Befinden rechtlichen Einflüssen zu verfallen bedroht ist, rücksichtlich ihrer Motive, Erscheinungen und Leistungen, so wohl überhaupt, wie in Beziehung zum besonderen Fall, einer wirklich medicinisch-sachverständigen, nicht blos formell gerichtsärztlichen Untersuchung und Beurtheilung unterworfen werden. Eventuell selbst

gegen das vom Richter in das Nichtwissen gestellte eigene Bedürfniss. Der Richter muss zuvor verlässlich erfahren, was die Menschen sind, was sie gethan, was sie von Anderen gelitten haben, um über ihre rechtliche Bedeutung sein Urtheil unparteiisch und gesetzlich abgeben zu können.

Das Verhältniss der gerichtlichen Medicin zur Rechtspflege hoffe ich hiermit wahr und verständlich bezeichnet zu haben. Die Stellung des Richters zum Träger der gerichtlich-medicinischen Wissenschaft und des Arztes zur strafrechtlichen Aufgabe bedürfen danach kaum noch einer kurzen Erläuterung.

Für den Richter ist die gerichtliche Medicin ein Inbegriff von Erfahrungen und Fertigkeiten, dessen richtige Verwendung ihm nicht nur ein Uebermass vergeblicher Mühen und Anstrengungen erspart, sondern ihm unmittelbar zu einer Einsicht verhilft, der er für seine rechtlichen Entscheidungen dringend bedarf.

Wer über Personen und Verhältnisse, die er nicht kennt, noch prüfen kann, urtheilen soll, der fragt Audere um Rath. Ist er besonnen, so wendet er sich nicht an den Ersten, Besten um Rath, sondern an eine Person, deren Qualität als Rathgeber ihm glaubhaft nachgewiesen ist. In diesem Verhältnisse steht der Richter rücksichtlich gerichtlich-medicinischer Angelegenheiten zum Gerichtsarzt.

Der Besonnene, der von den schwer wiegenden Folgen seines Urtheils einen richtigen Begriff hat, der vertraut nicht blind einem Unbekannten aus der Zahl selbst derer, die im Allgemeinen zum Rathgeben berufen und geschickt sind. Er verschafft sich vielmehr Einsicht in die vom einzelnen Sachverständigen zur Anwendung gebrachte Untersuchungs-

methode, um sie mit der zu vergleichen, welche als die allgemeine wissenschaftliche und technische bekannt ist, und prüft das Resultat auf seine Schlussfähigkeit, bevor er es als die für seinen Zweck ausreichende, empirische Wahrheit seinem Urtheile zum Grunde legt.

Damit der Richter einer solchen Anforderung, die der besonnene und vorsichtige Urtheiler an sich selbst stellt, genügen kann, muss er eine eigene Anschauung von den wissenschaftlichen und technischen gerichtsarztlichen Untersuchungsmethoden im Allgemeinen und von der Verlässlichkeit der dadurch gewonnenen Resultate für den richterlichen Gebrauch sich verschaffen. Diese Anschauung gewinnt er durch ein eigenes gerichtlich-medicinisches Studium unter Anleitung eines erfahrenen und gebildeten Gerichtsarztes. Einen s. g. praktischen Nutzen gewährt ein solches Studium dem Richter nicht. Derselbe hat die Macht in Händen und ist für deren Verwendung so gut wie Niemand verantwortlich. Setzt er seine Erfahrung in Dingen, mit denen der Arzt wissenschaftlich und gewerbmässig sich beschäftigt, höher an, als die allgemeine medicinische Erfahrung, so trifft für diese dunkelhafte Selbstüberschätzung ihn keine Strafe. Fehlt ihm die Zuversicht zu seinen eigenen Prinzipien und ist er bequem oder feig genug, die ihm zustehende Verantwortlichkeit auf den Gerichtsarzt abzuwälzen und seine Hände in Unschuld zu waschen, so wird er auch dafür nicht in Anspruch genommen. Religiöse Zuversicht macht jedes Studium unnöthig und schützt vor peinlichen Selbstanklagen, denen der selbst unterliegen könnte, welcher in der Welt unverantwortlich ist.

Der Gerichtsarzt steht zur Rechtspflege in der Stellung eines durch Studium und Natur der Sache berechtigten Berathers. Er hat zu prüfen, ob der Anschein, demzufolge die Dinge eine rechtliche Bedeutung

beanspruchen, ihre wahre Form und Beschaffenheit ist? Ob sie so entstanden sind, wie sie entstanden sein müssen, um ihre anscheinende Bedeutung zu rechtfertigen, oder ob sie ihrer wirklichen Entstehung nach eine andere Bedeutung verdienen, als sie dem Anschein nach haben? Ob sie den Einfluss wirklich gehabt haben, den man ihnen ihrer Form nach beizulegen pflegt, oder ob sie zu den entstandenen Folgen sich nicht als Ursache, sondern nur als äussere Bedingung, als Mittel zu einem anderen, hinter dem Anschein verborgenen Zweck verhielten?

Ob die Rechtspflege die Aufklärung faktischer Verhältnisse des Thatbestandes, durch deren Anschein sie sich täuschen lässt, für den rechtlichen Zweck unerheblich nennt, ob der Einzelrichter gegebene faktische Erläuterungen von sich weist, oder unrichtig verwerthet, darf die praktische Thätigkeit des Gerichtsarztes nicht beeinflussen. Er ist nicht berufen die Rechtspflege zu verbessern, sondern denjenigen Thatbestand aufzuklären, dessen wirkliche Bedeutung dem Richter überhaupt oder im besonderen Falle zweifelhaft und aufklärungswerth ist, resp. sein soll. Wohl kann man eine Verblendung beklagen, die sich gegen bessere Einsicht absichtlich verschliesst, und darauf hinweisen, dass auch in der Rechtspflege der Unverstand nicht berufen sein kann zu bestimmen, was verständig ist. Allein Wahrheit ist wohl das Prinzip des Gerichtsarztes für seine Untersuchungen, aber ihre allgemeine Verkündung nicht sein Mandat. Innerhalb seiner Berufsthätigkeit hat er keine Thatsache als wahr zu bezeichnen, die er allgemeiner medicinischer Erfahrung nach zu erklären unvermögend ist, keine wahre zu verschweigen, deren Veröffentlichung dem Richter oder Angeklagten unbequem wird.